

**Bericht „In eigener Sache“
Bundesrat Gregor Hammerl
Landesobmann des
Steirischen Seniorenbundes
Ehrenamtlicher Präsident
Hilfswerk Steiermark**

Zahl der Pflegegeldbezieher ist steigend

Plus 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr

Die Zahl der Pflegegeldbezieher steigt weiter. Im August 2010 erhielten mit 363.453 Beziehern um 10.558 Personen (plus 2,9 Prozent) mehr Personen Bundespflegegeld als im August 2009. Das geht aus aktuellen Daten des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger hervor.

Zu den Bundespflegegeldbeziehern kommen laut Sozialministerium noch mehr als 63.000 Betroffene, die ihr Pflegegeld von den Ländern beziehen (Stand Jahresende 2008).

Von den zuletzt 363.453 Beziehern entfallen 77.448 auf Stufe 1, 121.018 auf Stufe 2, 60.149 auf Stufe 3, 52.443 auf Stufe 4, 33.288 auf Stufe 5, 12.454 auf Stufe 6 und 6.653 auf Stufe 7.

Die Einstufung in die einzelnen Pflegestufen orientiert sich nach dem Pflegebedarf nach Stunden.

Die Gesamtzahl der Pflegegeldbezieher (Bundes- und Landespflegegeld) liegt bei mehr als 420.000 Personen.

Träger fordern Pflegegeldfonds und einheitliche Regeln bis 2013

Fünf Milliarden Euro Mehrkosten in den kommenden zehn Jahren

Die Hilfsorganisationen fordern die Einrichtung des von der Regierung angedachten Pflegefonds bis spätestens 2013. Gleichzeitig verlangen die in der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG) zusammengeschlossenen Trägerorganisationen in ihrem nun vorliegenden Konzept eine bundesweite Vereinheitlichung der Regeln im Pflege-Sektor. Derzeit fallen Sachleistungen (u.a. stationäre Betreuung im Heim, Mobile Dienste) in die Kompetenz der Länder und werden unterschiedlich gehandhabt. Die zu erwartenden Mehrkosten bis ins Jahr 2020 beziffert die BAG mit insgesamt rund fünf Mrd. Euro.

Das Gesamt-Konzept der BAG wurde bei der Pflege-Enquete der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der derzeitige BAG-Vorsitzende, Hilfswerk-Geschäftsführer Walter Marschitz, sagte gegenüber der APA, der Pflegefonds solle eine "große Lösung" werden und kein Zwischenschritt. Alle bestehenden Finanzierungen von Bund, Ländern und Gemeinden im Langzeitpflegebereich sollen laut BAG in einem System - dem Pflegefonds - zusammengeführt werden. Als Vorbild dafür könne etwa das Modell des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) dienen.

Wie der Fonds letztlich gespeist wird ist Sache der Politik, eine "Mischfinanzierung". Bereits jetzt würden rund 3,9 Mrd. Euro für die für den Pflegefonds vorgesehenen Leistungen von der öffentlichen Hand aufgewendet. Im Jahr 2020 ist laut Berechnungen der BAG mit einem - vor allem demografisch bedingten - Mehrbedarf von etwa einer Mrd. Euro gegenüber dem Status Quo zu rechnen. Über den Zeitraum der nächsten zehn Jahre werden den Schätzungen zufolge insgesamt etwa fünf Mrd. Euro an zusätzlichen Mitteln notwendig sein.

Mit der Einrichtung des Pflegefonds soll nach Willen der Mitglieder der BAG - Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe - nicht nur die Finanzierung auf neue Beine gestellt werden. Gleichzeitig sollen auch "einheitliche Spielregeln" geschaffen werden. Derzeit gibt es im Pflegebereich starke regionale Unterschiede - etwa bei der PflegegeldEinstufung, Selbstbehalten und auch beim Versorgungsniveau. Man wolle zwar keine neue Zentralbehörde schaffen, aber die Regelungen sollten bundesweit einheitlich sein.

Dass eine solche Vereinheitlichung der unterschiedlichen Regelungen in den Ländern nicht einfach durchzusetzen wäre, ist sich der ehrenamtliche Vorsitzende des Hilfswerk Steiermark LAbg. Gregor Hammerl bewusst. "Das würde einer Kompetenzänderung bedürfen", und könne nur im Rahmen einer "grundlegenden Vereinbarung über die Finanzierung erfolgen, in der Regel über den Finanzausgleich". Andererseits stelle sich die Frage, "wann, wenn nicht jetzt" man eine solch große Reform durchführen sollte. "Es bedarf einer Vereinheitlichung, weil die Unterschiede nicht rechtfertigbar sind."

"Pflege ist ein solidarisch zu tragendes Risiko, genauso wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Dabei geht es auch um die Angehörigen von Pflegebedürftigen. Menschen die ihre Lieben pflegen und betreuen, brauchen konkrete Hilfe und Unterstützung. Es bedarf einer Wertschätzung ihrer Leistungen seitens der Politik und Gesellschaft".

"Dass es klare Zuständigkeiten und Kompetenzen im österreichischen Pflegesystem braucht, zeigen etwa die unterschiedlichen Kundenbeiträge für eine Stunde mobile Dienste, die zwischen 3,6% und 59% variieren, je nachdem in welchem Bundesland man wohnt. Wir wissen nicht, wie wir das den Menschen mit Pflegebedarf in unserer täglichen Arbeit erklären sollen.

Mittelfristige Einschätzung des Bedarfes an Pflegefachkräften in der Steiermark

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird der Bedarf an Pflegefachkräften insbesondere in der Pflege älterer Menschen und im gerontopsychiatrischen Bereich steigen. Dies wird sich insbesondere im stationären und Mobilen Bereich zeigen, wobei die Steiermark besonders im Mobilen Bereich einen hohen Nachholbedarf hat. Inwiefern der Krankenanstaltenplan bzw. eine Kompetenzverschiebung innerhalb der Pflegeberufsgruppen den Bedarf verändern wird, wird von den Umsetzungsschritten der nächsten beiden Jahre abhängen.

Entwicklungen im Langzeitpflegebereich

Die Entwicklung im Langzeitpflegebereich ist von den finanziellen Ressourcen, welche man diesen in Zukunft zur Verfügung stellen kann, abhängig. Generell zeigt sich in Österreich die Tendenz, welcher man sich auch in der Steiermark nicht verschließen werden kann, dass die stationäre Langzeitpflege für Betroffene mit hohen Pflegegeldstufen vorzusehen ist und vor dem Eintritt in ein Pflegeheim, ein dichtes Netz an Mobiler Pflege, semistationären Einrichtungen, Seniorenwohnformen und ein gute Angehörigenunterstützung gegeben sein muss.

Die künftige Pflegefinanzierung für die Gemeinden

Hier gab es eine enorme Ausgabensteigerung im Sozialbereich.

Im Bereich „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“ sind die Ausgaben zwischen 2004 und 2008 um 30,2% gestiegen. Es zeigt sich, dass mit der Größe der Gemeinde nicht nur die Aufgaben, sondern damit auch die Ausgaben wachsen. So sind vor allem bei den Städten ab 50.000 EinwohnerInnen die Ausgaben im Sozialbereich exorbitant gestiegen. Diese geben über 3,5 Mal so viel für „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“ aus wie Gemeinden mit weniger als 2.500 EinwohnerInnen.

Das Pflegepersonal in den mobilen Diensten wird in Zukunft bei der Einstufung um Pflegegeld mitentscheiden.

Künftig werden nicht mehr Ärzte allein entscheiden, wer wie viel Geld bekommt. Das soll die Gutachten treffsicherer machen.

Für pflegebedürftige Menschen ist es eine entscheidende Frage: Wie viel finanzielle Unterstützung erhalten sie vom Staat für die Mehrkosten, die sie wegen ihres Gesundheitszustandes haben?

Derzeit entscheiden die ausgewählten Ärzte. Sie erstellen Gutachten für jene Stellen, die Pflegegeld auszahlen. Aus deren Basis wird entschieden in welcher Pflegestufe (eins bis sieben) jemand eingereiht wird. Daraus ergibt sich die Höhe des Pflegegeldes.

Im Oktober ändert sich das. Sozialminister Hundstorfer startet in Wien, Burgenland, Niederösterreich, Salzburg und Tirol einen Pilotversuch: Neben dem Arzt wird jeweils auch eine Pflegeperson bei der Einstufung mitbestimmen (sowohl bei Ersteinstufungen als auch bei Umstufungen); die beiden werden gemeinsam Bedürftige besuchen – in Heimen oder zu Hause – und den Pflegeaufwand beurteilen.

Von Hilfsorganisationen – auch vom Hilfswerk Österreich – und den anderen Parteien gab es dafür Zustimmung. Der Gesundheits- und Krankenpflegeverband (ÖGKV) erwartet sich von der Neuregelung bessere Gutachten. „Bei der Pflegegeld-Einstufung geht es ja nicht um eine medizinische Diagnose, sondern um Probleme, die sich im Alltag für die Betroffenen ergeben“.

Folgendes müsse beurteilt werden: Kann sich jemand selbst waschen und anziehen? Wie kommt er an Lebensmittel? Ist die Wohnung barrierefrei? „Das entscheiden momentan die Ärzte.“

Falls Sie Fragen haben oder Hilfe benötigen, wenden Sie sich bitte an LAbg. Gregor Hammerl, unter der Tel. Nr. **0316/822130**. Ich bin auch ehrenamtlicher Präsident des Hilfswerks Steiermark und kann im Pflegebereich Beratung anbieten. Das Hilfswerk Steiermark ist auch Partner des Steirischen Seniorenbundes.